

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

Thomas Seiffert
1. Vorsitzender
Kontaktadresse:
Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35A
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 / 36751
Mobil: 0151-16559854
E-Mail: f.ardelt-theeck@t-online.de

Regierungspräsidium Darmstadt
Dez. III 33.1
Wilhelminenstraße 1-3
64278 Darmstadt

Frankfurt/M., 28.08.2018

Betrifft: Planfeststellung für den Neubau der Bundesautobahn (BAB) 66, Frankfurt am Main – Hanau, Teilabschnitt Tunnel Riederwald, einschließlich des Autobahndreiecks Frankfurt – Erlenbruch (BAB 66/BAB 661) und der Anschlussstelle Frankfurt – Borsigallee (BAB 66/K 870) in Frankfurt am Main. Anhörungsverfahren im Planänderungsverfahren Tunnel einschließlich AD Erlenbruch, Obere Ebene und Lärmschutz betreffend auf der Grundlage der für das Prognosejahr 2030 erstellten Verkehrsuntersuchung.

Einwendung der Bürgervereinigung Nordend e.V. vom 20.03.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits zum 20. März 2018 hat die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) fristgerecht Einwendung gegen die vorliegenden Planänderungen für den Neubau der Bundesfernautobahn (BAB) 66 Fulda - Frankfurt am Main – Wiesbaden, Teilabschnitt Tunnel Riederwald, einschl. des Autobahndreiecks Frankfurt und Borsigallee (BAB 66/K 870) eingelegt.

Hier übersenden wir Ihnen, wie bereits telefonisch angekündigt, ein Schreiben, in welchem wir die Einwendung der Bürgervereinigung Nordend e.V. durch weitere Argumente sowie sich darauf beziehende Fragen bzw. Anträgen zum bevorstehenden Erörterungstermin ergänzen und bitten um entsprechende Weiterleitung an Hessen Mobil.

Darüber hinaus legen wir diesem Schreiben noch weitere 12 "Einförmige Einwendungsschreiben bei, alle ohne persönliche Ergänzungen. Fortlaufende Nummern 54 -65.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch unseren Unmut, wie auch den anderer Einwender, Ihnen gegenüber äußern hinsichtlich der Tatsache, dass der Erörterungstermin erstmals in der Geschichte dieser Autobahnplanung nicht in einem der betroffenen Stadtteile im Frankfurter Osten stattfindet, sondern quasi am anderen Ende von Frankfurt am Main.

Es hätte die Fairness geboten, den Termin eben später, notfalls in den Ferien, abzuhalten.

Auch die Tatsache, dass die Stellungnahmen zu den Einwendern "einförmiger Schreiben" nicht den Einwendern persönlich zugestellt wurden und diese Einwender nicht persönlich zu dem Erörterungstermin eingeladen werden - auch wenn dazu rein formell keine Verpflichtung besteht - empfinden wir als im höchsten Maße schäbig. Eine derartige Verpflichtung hatte es auch in der

Vergangenheit nicht gegeben und trotzdem bekamen die Einwender ihre Stellungnahmen und Einladungen persönlich zugesandt!

Die Zusendung eines Pakets mit ca. 250 Stellungnahmen, noch dazu ohne Adressen-Feld zum Weiterleiten per Post in einem Fensterumschlag, mit der telefonischen Auskunft, wir können mit den Stellungnahmen machen was wir wollen und seien nicht verpflichtet, diese auch tatsächlich weiterzuleiten, werten wir als absurd und können keinen Sinn darin sehen. Einerseits reine Papierverschwendung oder Schikane, weil das Weiterleiten allenfalls unter großem Zeiteinsatz, Adressen mühsam per Hand abschreiben oder in PC tippen einschließlich eines erklärenden Begleitschreibens und zusätzlich noch Kosten für das Porto von weit über 200 € zum Versenden, möglich wäre.

Dieses Vorgehen lässt Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung zur reinen Farce werden!

Wer kann Eintausend Einwendungen dieser Art stemmen? Undenkbar. Sache erledigt. Die Bürger bedanken sich. Und dann wird immer wieder noch gefordert, man müsse die Rechte der Bürger einschränken, damit die Planungen schneller realisiert werden können. Welch ein Hohn!

Alles in allem bestätigt sich der Eindruck, dass diese Autobahnprojekte jetzt auf Teufel komm 'raus durchgedrückt und realisiert werden sollen ohne Rücksicht auf Verluste.

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. kommt außerdem nicht umhin Ihre Bedenken hinsichtlich der Tatsache zu äußern, dass das Vorgehen des Regierungspräsidiums nicht im Einklang mit der neuen Datenschutzgrundverordnung steht. Schließlich hat es sich bei den einförmigen Schreiben um individuelle Einwendungen gehandelt, die nicht alle von uns gesammelt bzw. per Unterschriftenliste an die Behörde weitergeleitet wurden. Das heißt, dass zumindest bei den Einwendern, die Ihre Einwendung persönlich an die Behörde gesandt haben, die Bürgerinitiativen möglicherweise offiziell gar nicht hätten darüber informiert werden dürfen, dass sie Einwendung erhoben haben.

Mit freundlich Grüßen

Friedhelm Ardelt-Theeck
Bürgervereinigung Nordend e.V.